

Minimalstandards Harmonisierung Herkunftssuche (Fokus Schweiz)

Empfehlungen an die Kantone, vom 19. Mai 2025

Inhalt

1	Ausgangslage	2
2	Minimalstandards Harmonisierung Herkunftssuche (Fokus Schweiz).....	2
2.1	Empfehlung: Zuständigkeit: Prinzip Wohnsitzkanton	2
2.2	Empfehlung: Zuständigkeit: Bei Abwesenheit von Adoption	2
2.3	Empfehlung: Verfahren: Beschaffung der notwendigen Akten und Informationen .	3
2.4	Empfehlung: Verfahren: Prozess internationale Herkunftssuche	3
2.5	Empfehlung: Verfahren: Beratung und psychosoziale Begleitung	3
2.6	Empfehlung: Kostenlosigkeit des Verfahrens und der psychosozialen Begleitung in der Schweiz	3
2.7	Empfehlung: Zusammenarbeit Kantone – Bund	4
2.8	Kenntnisnahme der Kostenfolgen der Anwendung der Minimalstandards 2.1-2.6 .	4
3	Anhang: Erläuterungen zu den Minimalstandards (zu Kapitel 2)	5

1 Ausgangslage

Die Herkunftssuche liegt gemäss geltendem Recht ausschliesslich in der Zuständigkeit der Kantone¹. In allen Kantonen gibt es eine kantonale Zentrale Behörde für (internationale) Adoptionen und eine Auskunftsstelle für die Herkunftssuche. Die Kantone delegieren im Bereich der Herkunftssuche teilweise Aufgaben an unabhängige Dritte.

Der Bund hat seine Rolle im Erlass der gesetzlichen Grundlagen wie auch in der Umsetzung internationaler Abkommen². Dazu gehört die Kommunikation mit dem Ausland, es besteht jedoch keine spezifische Zuständigkeit im Bereich Herkunftssuche.

Das Thema (nationale und internationale) Adoptionen ist in den Kantonen unterschiedlichen Direktionen zugeordnet. Bis anhin fehlte **ein zwischen den Kantonen koordiniertes Vorgehen auf politischer Ebene**. Die 2024 befristet eingesetzte Plattform, an welcher 25³ von 26 Kantonen beteiligt waren, hatte politisch zu klären, in welcher Form die Unterstützung der Betroffenen, insbesondere von irregulären Adoptionen, bei der Herkunftssuche koordiniert und umgesetzt werden soll. Anlässlich ihrer Sitzung vom 19. Mai 2025 konnten sich die teilnehmenden Kantone der politischen Koordinationstagung auf die vorliegenden Minimalstandards zur Harmonisierung der Herkunftssuche festlegen und haben diese einstimmig zur Umsetzung verabschiedet.

2 Minimalstandards Harmonisierung Herkunftssuche (Fokus Schweiz)

Die Interkantonale Plattform „Internationale Adoptionen“ empfiehlt den Kantonen den Politikbereich „Internationale Adoptionen“ zu harmonisieren. Die Empfehlungen haben keine rechtssetzende Kraft. Die Empfehlungen fokussieren auf die Phasen einer Herkunftssuche, die in der Schweiz stattfinden.

2.1 Empfehlung: Zuständigkeit: Prinzip Wohnsitzkanton

Zuständige kantonale Auskunftsstelle ist diejenige im Kanton des Wohnsitzes der suchenden Person.

Nach vorgängiger Absprache kann aus wichtigen Gründen ausnahmsweise die Zuständigkeit an einen anderen Kanton übertragen werden.

2.2 Empfehlung: Zuständigkeit: Bei Abwesenheit von Adoption

Die kantonale Auskunftsstelle ist trotz fehlender Adoption zuständig für die Herkunftssuche, sollte sich aus den Schilderungen der gesuchstellenden Person oder aus den beschaffenen Akten eindeutig ergeben, dass eine Adoption beabsichtigt war.

¹ Von besonderer Relevanz sind folgende Artikel des Schweizerischen Zivilgesetzbuches: Art. 268d Abs. 1 ZGB (Kantonale Auskunftsstelle und Suchdienste), Art. 316 Abs. 1^{bis} ZGB (Pflegekinderaufsicht).

² Relevante Internationale Abkommen sind insbesondere Art. 8 EMRK (Achtung Privat- und Familienleben), Art. 7 KRK (Registrierung, Name, Staatsangehörigkeit, Adoption), Art. 30HAÜ Haager Adoptionsübereinkommen (Aufbewahrungspflicht und Recht auf Zugang zu Herkunfts-/Identitätsangaben).

³ Der Kanton Tessin beteiligt sich nicht an der Plattform.

2.3 Empfehlung: Verfahren: Beschaffung der notwendigen Akten und Informationen

Die kantonale Auskunftsstelle gemäss Art. 268d ZGB ist verantwortlich für die Beschaffung der Akten.

Die Kantone sorgen dafür, dass im Rahmen der informellen Amtshilfe die in ihrem Kanton befindlichen Akten auf Ersuchen der zuständigen kantonalen Auskunftsstelle direkt, kostenlos und ungeschwärzt an diese weitergeleitet werden.

Die Kantone sorgen dafür, dass die Akten von ehemaligen Vermittlungsstellen (die vor 2003 ihre Tätigkeit aufgegeben haben) gesichert und archiviert werden.

2.4 Empfehlung: Verfahren: Prozess internationale Herkunftssuche

Die Kantone verwenden das gemeinsame Antragsformular.

Die Fachebene wird beauftragt, für die gesamte Schweiz einen gemeinsamen Leitfaden für die Behandlung von Gesuchen für die internationale Herkunftssuche sowie ein gemeinsames Informationsblatt zum konkreten Prozess der internationalen Herkunftssuche zu erarbeiten.

- Die Fachorganisationen Conférence Latine de Promotion et Protection de la Jeunesse (CLPPJ) und der Verband der Kantonalen Zentralbehörden Adoption (VZBA) sind beauftragt, Konzepte, Dokumente und Mustervereinbarungen zu erarbeiten und den Kantonen zur Verfügung zu stellen. Sobald diese vorliegen, werden sie hier aufgeschaltet.

2.5 Empfehlung: Verfahren: Beratung und psychosoziale Begleitung

Herkunftssuche, in der Schweiz und im Ausland, soll immer auch beratende Unterstützung und psychosoziale Begleitung beinhalten.

Die Kantone erbringen selbständig oder in Zusammenarbeit mit anderen Kantonen die Beratung und psychosoziale Begleitung.

Die Kantone können alternativ diese Aufgaben generell oder in Einzelfällen an Dritte übertragen. In jedem Fall garantieren die Kantone, dass die mit der beratenden Unterstützung und psychosozialen Begleitung beauftragte Stelle genügend unabhängig von den heutigen Adoptionsbehörden ist.

Um eine professionelle und betroffenengerechte Unterstützung sicherzustellen, achten die Kantone darauf, dass die Qualität der Dienstleistungen durch standardisierte, nachvollziehbare Prozesse, regelmässige Supervisionen und transparente Evaluationsmechanismen gefördert wird. Im Falle einer Delegation von Aufgaben sind entsprechende Reporting-Strukturen zu empfehlen.

- Die Fachorganisationen CLPPJ und der VZBA sind beauftragt, Konzepte, Dokumente und Mustervereinbarungen zu erarbeiten und den Kantonen zur Verfügung zu stellen. Sobald diese vorliegen, werden sie hier aufgeschaltet.

2.6 Empfehlung: Kostenlosigkeit des Verfahrens und der psychosozialen Begleitung in der Schweiz

Die kantonalen Auskunftsstellen erlassen im Rahmen ihrer kantonalrechtlichen Möglichkeiten sämtliche Gebühren für das gesamte Verfahren und verzichten grundsätzlich auf die Verrechnung sämtlicher Auslagen in diesem Zusammenhang.

2.7 Empfehlung: Zusammenarbeit Kantone – Bund

Die Kantone laden den Bund ein, im Rahmen seiner Kompetenzen und Möglichkeiten und innert nützlicher Frist, die gesetzliche Grundlagen für die Herkunftssuche auf Basis der Empfehlungen der Arbeitsgruppe KKJPD Herkunftssuche, der Empfehlungen der Expertengruppe «Internationale Adoption» sowie der vorliegenden Empfehlungen anzupassen und die Finanzierung zu klären.

2.8 Kenntnisnahme der Kostenfolgen der Anwendung der Minimalstandards 2.1-2.6

Die Kantone nehmen zur Kenntnis, dass die Kostenfolge bei Anwendung der Minimalstandards 2.1 bis 2.6 pro Fall zwischen CHF 2'500 und CHF 5'000 zu liegen kommt. Es handelt sich dabei ausschliesslich um Leistungen in der Schweiz. Nicht in die Berechnungen inkludiert sind dabei Leistungen im Herkunftsland.

Über die Finanzierung von Leistungen im Herkunftsland entscheidet jeder Kanton selbst und fallbezogen.⁴

Die Kantone nehmen zur Kenntnis, dass Stand 2025, eine umfassende Begleitung unter Beizug eines privaten Angebots insgesamt ca. CHF 12'000 bis CHF 29'750 kostet. Die obgenannten CHF 2'500 – CHF 5'000 wären hierbei inkludiert.

⁴ Gemeinsame Empfehlungen sind hier schwierig, weil jeder Herkunftsstaat eigene Regelungen hat. Ein grosser Teil der Vertragsstaaten des Haager Adoptionsübereinkommens bieten eigene und teils kostenlose Leistungen im Bereich der Herkunftssuche an (z.B. Kolumbien, Chile, Thailand). Stellt sich aber heraus, dass zwar eine staatliche Leistung besteht, auf offiziellem Weg kein Erfolg versprechen lässt, so könnten auf privatem Weg Kosten entstehen. Diesbezüglich soll jeder Kanton selbst und fallbezogen darüber entscheiden.

3 Anhang A: Erläuterungen zu den Minimalstandards (zu Kapitel 2)

Zu Ziff. 2.1 Empfehlung: Zuständigkeit: Prinzip Wohnsitzkanton

Gemäss Art. 268d Abs. 1 ZGB ist die kantonale Auskunftsstelle, welche die für das Adoptionsverfahren zuständige kantonale Behörde gemäss Art. 316 Abs. 1^{bis} ZGB ist, zuständig für die Herkunftssuche. Anliegen des Gesetzgebers war, die Aufgaben im Adoptionsbereich und in der Herkunftssuche kantonal zu vereinheitlichen.

Der suchenden Person soll aufgrund Nähe, Sprache und Vermeidung eines langen Weges eine einheitliche Handhabung der Zuständigkeit der kantonalen Auskunftsstellen ermöglicht werden. Sie kann sich mit einer Vollmacht bei der zuständigen kantonalen Auskunftsstelle vertreten lassen.

Die zuständige kantonale Auskunftsstelle kann nach vorgängiger Absprache die Zuständigkeit an eine andere kantonale Auskunftsstelle übertragen, wenn aufgrund der Sprache oder andere in der gesuchstellenden Person liegende Gründe dafürsprechen (z.B. Adoptionsverfahren früher in der Deutschschweiz, dort aufgewachsen und heute Wohnsitz in der Westschweiz).

Ist die angesprochene kantonale Auskunftsstelle nicht zuständig, leitet sie das Gesuch an die zuständige kantonale Auskunftsstelle weiter und informiert die gesuchstellende Person darüber.

Liegt der *Wohnsitz* einer suchenden adoptierten Person *im Ausland*, ist primär die kantonale Auskunftsstelle des Geburtskantons oder beim vermuteten Adoptionskanton zuständig. Suchende (Halb-)Geschwister und leibliche Eltern mit Wohnsitz im Ausland wenden sich an die kantonale Auskunftsstelle des vermuteten Geburtskantons, Adoptionskanton oder subsidiär an den Bund.

Zu Ziff. 2.2 Empfehlung: Zuständigkeit: Bei Abwesenheit von Adoption

Die bisherigen Erfahrungen im Bereich der Herkunftssuche haben Gesetzeslücken festgestellt, insbesondere was das Kennnisrecht eines früher platzierten Kindes betrifft, dessen Adoption später nie zustande gekommen ist. Diesen Personen soll dieser Umstand nicht zum Nachteil gereichen, wenn sie sich auf die Suche nach ihrer Herkunft machen. Ihnen soll genauso wie adoptierte Personen ein entsprechendes Auskunftsrecht analog zum geltendem Adoptionsrecht zukommen.

Zu Ziff. 2.3 Empfehlung: Verfahren: Beschaffung der notwendigen Akten und Informationen

Die für die Herkunftssuche relevanten Akten und Informationen sind in der Schweiz bei unterschiedlichen Archiven oder Behörden der Gemeinden, der Kantone oder des Bundes aufbewahrt oder archiviert; es gelten zudem unterschiedliche kantonale Archivgesetze. Ehemalige Vermittlungsstellen, private oder kirchliche Institutionen bewahren zudem teils bis heute Dokumente und Dossiers auf. Erst seit 2012 besteht die Verpflichtung für Vermittlungsstellen, die Akten aufzubewahren und der kantonalen Behörde herauszugeben oder zur Aufbewahrung zu übergeben. Zwischen 2003 und 2011 waren sämtliche Akten dem BJ als Aufsichtsbehörde zu übergeben. Für den Zeitraum vor 2003 waren die Kantone und ihre Aufsichtsbehörden zuständig.

Für die kantonalen Auskunftsstellen ist es daher teils umständlich, an die genaue Stelle zu gelangen, wo die Akten aufbewahrt sind oder sich bei privaten Dritten befinden; andererseits kann sich die kantonsübergreifende Zusammenarbeit zwischen kantonaler Auskunftsstelle und Archiv als oftmals kompliziert und lang erweisen, insbesondere, wenn letztere selbst die Überprüfung und Anonymisierung der Akten vornehmen, um die dem Datenschutz unterliegenden Elemente zu entziehen. Es kommt sogar vor, dass zwischen Behörden Gebühren verlangt werden. Die Zuständigkeit für die Herkunftssuche liegt bei

den kantonalen Auskunftsstellen. Im Rahmen einer Akteneinsicht sind sie damit auch für den Schutz von Personendaten Dritter verantwortlich.

Zu Ziff. 2.4: Empfehlung: Verfahren: Prozess internationale Herkunftssuche

Die bisher gemachten Erfahrungen im Bereich der internationalen Herkunftssuche haben die Schwierigkeiten und Grenzen aufgezeigt, die sich für die kantonalen Auskunftsstellen und die offizielle Schweiz gegenüber dem Ausland ergeben. Die Zuständigkeit der Kantone und der Schweiz enden an der Landesgrenze. Ein Konzept, Merkblatt oder Arbeitsprotokoll für die internationale Herkunftssuche fehlen bis heute und ist dringend angezeigt, solche Dokumente zu erstellen.

Zu Ziff. 2.5 Empfehlung: Verfahren: Beratung und psychosoziale Begleitung

Nach Art. 268d Abs. 4 ZGB bezeichnen die Kantone eine Stelle, welche die leiblichen Eltern, deren direkte Nachkommen sowie das Kind auf Wunsch beratend unterstützt. Das Gesetz definiert nicht, was unter der *beratenden Unterstützung* zu verstehen ist und wie weit diese reicht. Dem Gesetzgeber war es hingegen wichtig, dass die adoptierte Person über eine Ansprechstelle verfügt, sodass sie sich besser orientieren kann. Die Person soll entsprechend eine Unterstützung durch die kantonale Auskunftsstelle bekommen, um zu den notwendigen Akten und Informationen zu gelangen und um sie bei der Herkunftssuche *psychosozial zu begleiten*. Der Gesetzgeber erkennt diesen äusserst heiklen und sensiblen Bereich, in dem unterschiedliche Interessen, Erwartungen, Emotionen und Rechte zur Debatte stehen. Die Konfrontation mit der eigenen Geschichte, die Einsicht in die Akten sowie die Begegnungen mit der Herkunftsfamilie verlangen deswegen von den kantonalen Auskunftsstellen eine gute Vorbereitung und eine *psychosoziale Begleitung der Betroffenen*. Dadurch, dass betroffenengerecht gesetzlich pro Kanton eine einzige Auskunftsstelle geschaffen wurde, kommt diesen Stellen grundsätzlich eine umfassende Funktion zu. Der Ständerat hat im September 2023 in der Debatte zur Parlamentarischen Initiative 22.428 der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates «Adoptionen und Herkunftssuche» die Unterstützung der Betroffenen bei der Herkunftssuche durch die kantonalen Auskunftsstellen bekräftigt und festgehalten, die Kantone hätten auch «die entsprechenden Mittel dafür bereitzustellen». Ob sie diese Aufgabe selber erfüllen oder ob sie Privatorganisationen beiziehen, soll ihnen überlassen sein.

Die Arbeitsgruppe Herkunftssuche der KKJPD empfiehlt, "für die Begleitung und Betreuung von adoptierten Personen im Prozess der Herkunftssuche spezifisch geschulte und qualifizierte Personen einzusetzen", die mit der Thematik vertraut und ausgebildet sind. Erforderlich ist Fachwissen, Einfühlvermögen und Menschenkenntnisse. Bei Fragen rund um irreguläre Adoptionen soll eine entsprechende Schulung erbracht werden können. Gemäss der Arbeitsgruppe bedeutet psychosoziale Begleitung für Herkunftssuchende, "einer herkunftssuchenden Person, den Gesuchten und/oder einer Person, die ihre adoptierten Angehörigen sucht, einflussreich nahe zu sein, so dass sie während des Herkunftsprozesses sicher ist, sich unterstützt fühlt und die Persönlichkeitsrechte von Drittpersonen gewährleistet sind". Diese Begleitung sei "während des gesamten Prozesses zu gewährleisten, um die gewünschte Qualität im Herkunftssucheprozess zu garantieren". Sie müsse schliesslich "in allen Kantonen aufgrund der Chancengerechtigkeit möglichst einheitlich gewährleistet werden".

Mit dem gesetzlichen Begriff der beratenden Unterstützung ist die psychosoziale Begleitung und als integraler Bestandteil derselben, die Beratung gemeint.

Die Kantone sind personell und fachlich in unterschiedlichem Masse aufgestellt. Dies gilt es für die aktuelle Ausgangslage zu berücksichtigen. Es soll den Kantonen deswegen und solange keine gesetzliche Grundlage vorliegt freistehen, ob und wie sie die Aufgaben gemäss Art. 268d Abs. 4 selbständig übernehmen wollen. Eine Zusammenarbeit zwischen den Kantonen ist möglich (Art. 2 Abs. 3 AdoV) und kann sinnvoll sein um das Fachwissen, die Erfahrungen und Ressourcen zu bündeln. Die Aufgaben können aber auch im Ganzen

oder in einzelnen Fällen an private Organisationen übertragen werden. Dies soll je nach Person oder Fall möglich sein.

Eine Delegation der gesetzlichen Aufgaben kann mittels Leistungsauftrag unter Aufsicht des Auftraggebers an eine private Institution wie PACH, Schweizerisches Rotes Kreuz, Back to the Roots, Espace A oder weitere erfolgen. Die Suche nach Familienangehörigen im Ausland soll im Auftrag der kantonalen Auskunftsstelle einzeln delegiert werden können; in erster Linie je nach Informationen, Erfahrungen und Ressourcen im entsprechenden Herkunftsland. Das können primär der Internationale Sozialdienst, das Schweizerische Rote Kreuz oder weitere Anbieter und für Sri Lanka weiterhin Back to the Roots sein.

Zu Ziff. 2.6 Empfehlung: Kostenlosigkeit des Verfahrens (inkl. der psychosozialen Begleitung im Umfang der vermuteten Kosten)

Beim Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung handelt es sich um intimste persönlichkeitsrechtliche Belange, über die jede Person Kenntnis erlangen muss. Der nach Jahrzehnten um Auskunft nachsuchenden adoptierten, in aller Regel volljährigen Person sollte nicht zum Nachteil gereichen, wenn vor langer Zeit mit einem Rechtsakt über ihr frühestes persönliches Schicksal entschieden und ihr neue Eltern und eine neue Familie zuteilwurden und bei ihrem Recht auf Kenntnis der eigenen Herkunft um ihre Persönlichkeit und persönlichen Freiheit willen Kosten auferlegt werden. Die Tatsache, dass ihr Kosten auferlegt werden, während sie versucht, ihr höchstpersönliches Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung geltend zu machen, erscheint ungerecht.

Die Arbeitsgruppe Herkunftssuche der KKJPD empfiehlt, den Prozess der Herkunftssuche für alle betroffenen Personen kostenfrei zu gestalten.

Standards minimaux d'harmonisation dans le domaine de la recherche d'origine (focus sur la Suisse)

Recommandations aux cantons, 19 mai 2025

Contenu

1	Situation de base	2
2	Standards minimaux d'harmonisation dans le domaine de la recherche d'origine (focus sur la Suisse)	2
2.1	Recommandation : compétence : principe du canton de domicile	2
2.2	Recommandation : Compétence : en l'absence d'adoption	2
2.3	Recommandation : procédure : Obtention des dossiers et informations nécessaires.....	3
2.4	Recommandation : Procédure : Processus de recherche d'origine internationale .	3
2.5	Recommandation : procédure : Conseil et accompagnement psychosocial	3
2.6	Recommandation : gratuité de la procédure	3
2.7	Recommandation : collaboration cantons - Confédération	4
2.8	Prise de connaissance des implications financières de l'application des standards minimaux No. 3.1 à 3.6.....	4
3	Annexe : Explications sur les standards minimaux selon chapitre 2.....	5

1 Situation de base

La recherche des origines relève, selon le droit en vigueur, exclusivement de la compétence des cantons¹. Tous les cantons disposent d'une autorité centrale cantonale pour les adoptions (internationales) et d'un service d'information pour les questions relatives à la recherche des origines. Les cantons délèguent dans le domaine de la recherche d'origine partiellement certaines tâches à des tiers indépendants.

La Confédération est compétente pour l'élaboration des bases légales ainsi que la mise en œuvre des conventions internationales². La communication avec l'étranger en fait également partie, il n'y a toutefois pas de compétence spécifique en matière de recherche des origines.

La thématique des adoptions (tant nationales qu'internationales) relève de directions différentes selon les cantons. Jusqu'à présent, il manquait **une coordination intercantonale au niveau politique**. La plateforme temporaire mise en place en 2024, à laquelle 25³ cantons sur 26 ont participé, avait pour mandat de clarifier politiquement sous quelle forme le soutien aux personnes concernées dans la recherche des origines, notamment dans le contexte des adoptions irrégulières, devait être coordonné et mis en œuvre. Lors de la séance de coordination politique du 19 mai 2025, les cantons participants ont pu se mettre d'accord sur des standards minimaux afin d'harmoniser la recherche des origines et, les ont adoptés à l'unanimité en vue de leur mise en œuvre.

2 Standards minimaux d'harmonisation dans le domaine de la recherche d'origine (focus sur la Suisse)

La plateforme intercantonale « Adoptions internationales » recommande aux cantons d'harmoniser leur politique en matière d'adoption internationale. Les recommandations se concentrent sur la phase d'une recherche d'origine qui a lieu en Suisse.

2.1 Recommandation : compétence : principe du canton de domicile

Le service cantonal d'information compétent est celui du canton de domicile de la personne en quête de renseignements.

Le service cantonal d'information compétent peut, selon entente préalable et de manière exceptionnelle en raison de motifs importants, transférer sa compétence à un autre service cantonal d'information.

2.2 Recommandation : Compétence : en l'absence d'adoption

Le service cantonal d'information est compétent pour la recherche des origines, malgré l'absence d'adoption, s'il ressort clairement des descriptions de la personne requérante ou des actes produits qu'une adoption était envisagée.

¹ Les articles suivants du Code civil suisse sont particulièrement pertinents : l'art. 268d al. 1 CC (service cantonal d'information et services de recherche) et l'art. 316 al. 1 CC (surveillance des enfants placés).

² Les accords internationaux particulièrement pertinents sont notamment l'art. 8 CEDH (respect de la vie privée et familiale), l'art. 7 CDE (enregistrement, nom, nationalité, adoption) et l'art. 30 CLH – Convention de La Haye sur l'adoption (obligation de conservation et droit d'accès aux informations sur les origines et l'identité).

³ Le canton du Tessin ne participe pas à la plateforme.

2.3 Recommandation : procédure : Obtention des dossiers et informations nécessaires

Le service cantonal d'information selon l'art. 268d CC est compétent pour la recherche des documents.

Les cantons veillent à ce que, dans le cadre de l'entraide administrative informelle, les dossiers se trouvant dans leur canton soient transmis directement, sans frais et sans anonymisation, au service cantonal d'information compétent, à la demande de ce dernier.

Les cantons veillent à ce que les dossiers des anciens intermédiaires (qui ont arrêté leur activité avant 2003) soient sécurisés et archivés.

2.4 Recommandation : Procédure : Processus de recherche d'origine internationale

Les cantons utilisent le formulaire de demande commun.

Les autorités compétentes au niveau technique sont mandatées d'élaborer au niveau suisse un guide commun pour le traitement des demandes de recherche d'origine internationale ainsi qu'une fiche commune d'information sur la procédure concrète.

- Les organismes professionnels, la Conférence Latine de Promotion et Protection de la Jeunesse (CLPPJ) et le Verband der Kantonalen Zentralbehörden Adoption (VZBA) sont chargées d'élaborer des concepts, des documents et des modèles de conventions, et de les mettre à la disposition des cantons. Dès qu'ils seront disponibles, ils seront publiés ici.

2.5 Recommandation : procédure : Conseil et accompagnement psychosocial

La recherche des origines, en Suisse et à l'étranger, doit toujours inclure un soutien sous forme de conseils et un accompagnement psychosocial.

Les cantons fournissent le conseil et cet accompagnement psychosocial, soit de manière autonome, soit en collaboration avec d'autres cantons.

Les cantons peuvent également déléguer ces tâches à des tiers, de manière générale ou au cas par cas. Dans tous les cas, les cantons garantissent que l'organisme chargé du soutien et de l'accompagnement psychosocial est suffisamment indépendant des autorités d'adoption actuelles.

Afin de garantir un soutien professionnel et adapté aux personnes concernées, les cantons veillent à ce que la qualité des services soit améliorée par des processus standardisés et compréhensibles, des supervisions régulières et des mécanismes d'évaluation transparents. En cas de délégation de tâches, des structures de reporting appropriées sont recommandées.

- Les organismes professionnels CLPPJ et VZBA en matière d'adoption sont chargées d'élaborer des concepts, des documents et des modèles de convention. Dès qu'ils seront disponibles, ils seront publiés ici.

2.6 Recommandation : gratuité de la procédure et de l'accompagnement psychosocial en Suisse

Dans le cadre de leurs possibilités légales cantonales, les services cantonaux d'information renoncent à tous les frais de la procédure ainsi qu'en principe, à la facturation de frais de tiers dans ce contexte.

2.7 *Recommandation : collaboration cantons – Confédération*

Les cantons invitent la Confédération, dans le cadre de ses compétences et de ses possibilités et dans un délai raisonnable, à adapter les bases légales pour la recherche des origines sur la base des recommandations du groupe de travail CCDJP Recherche d'origine, des recommandations du groupe d'experts « Adoption internationale » ainsi que des présentes recommandations, et à clarifier la question du financement.

2.8 *Prise de connaissance des implications financières de l'application des standards minimaux No. 2.1 à 2.6*

Les cantons prennent acte du fait que l'application des standards minimaux 2.1 à 2.6 entraîne des coûts compris entre CHF 2'500 et CHF 5'000 par cas. Il s'agit exclusivement de prestations en Suisse. Les prestations dans le pays d'origine ne sont pas incluses dans les calculs.

Chaque canton décide lui-même du financement des prestations dans le pays d'origine, au cas par cas.⁸

Les cantons prennent note qu'en 2025, un accompagnement complet avec recours à une offre privée coûte au total entre CHF 12'000 et CHF 29'750. Les CHF 2'500 à CHF 5'000 susmentionnés seraient inclus dans ce montant.

3 Annexe : Explications sur les standards minimaux selon chapitre 2

Ad 2.1 Recommandation : compétence : principe du canton de domicile

Selon l'art. 268d al. 1 CC, le service cantonal d'information est compétent pour la recherche des origines. Ce service est l'autorité cantonale compétente pour la procédure d'adoption au sens de l'art. 316 al. 1bis CC. L'objectif du législateur était d'uniformiser les tâches dans le domaine de l'adoption et de la recherche des origines au niveau cantonal.

La personne en quête de renseignements doit pouvoir bénéficier d'un traitement uniforme de la compétence par les services cantonaux d'information en raison de la proximité, de la langue et de la possibilité d'éviter un long déplacement. Elle peut se faire représenter auprès du service cantonal d'information compétent au moyen d'une procuration.

Le service cantonal d'information compétent peut, après accord préalable, transférer sa compétence à un autre service cantonal d'information si la langue ou d'autres raisons liées au requérant le justifient (p. ex. Procédure d'adoption à l'époque en Suisse alémanique, où la personne a grandi mais qu'elle réside actuellement en Suisse romande).

Si le service cantonal d'information contacté n'est pas compétent, il transmet la demande au service cantonal d'information compétent et en informe le requérant.

Si le domicile d'une personne adoptée à la recherche se trouve à l'étranger, c'est le service cantonal d'information du canton de naissance ou du canton d'adoption présumé qui est compétent en premier lieu. Les (demi-)frères et sœurs et les parents biologiques domiciliés à l'étranger s'adressent au service cantonal d'information du canton de naissance présumé, du canton d'adoption ou, subsidiairement, à la Confédération.

Ad 2.2. Recommandation : Compétence : en l'absence d'adoption

Les expériences faites jusqu'à présent dans le domaine de la recherche des origines ont permis de constater des failles dans la loi, notamment en ce qui concerne le droit d'obtenir des renseignements d'un enfant placé antérieurement et dont l'adoption n'a jamais eu lieu par la suite. Ces personnes ne doivent pas être désavantagées par cette situation lorsqu'elles cherchent à connaître leurs origines. C'est pourquoi, tout comme les personnes adoptées, elles doivent bénéficier d'un droit d'information correspondant, par analogie avec le droit de l'adoption en vigueur.

Ad 2.3. Recommandation : procédure : Obtention des dossiers et informations nécessaires

Les dossiers et informations pertinents pour la recherche des origines sont conservés ou archivés en Suisse auprès de différents services d'archives ou autorités communales, cantonales ou fédérales ; différentes lois cantonales sur les archives sont en outre applicables. D'anciens services intermédiaires en vue d'adoption, des institutions privées ou ecclésiastiques conservent en outre parfois jusqu'à aujourd'hui des documents et des dossiers. Ce n'est que depuis 2012 que les services intermédiaires en vue d'adoption ont l'obligation de conserver les dossiers et de les transmettre à l'autorité cantonale ou de les lui transmettre pour conservation. Entre 2003 et 2011, tous les dossiers devaient être transmis à l'OFJ en tant qu'autorité de surveillance. Pour la période antérieure à 2003, les cantons et leurs autorités de surveillance étaient compétents en matière d'archivage des dossiers.

Pour le service cantonal d'information, il est donc parfois difficile d'accéder à l'endroit exact où sont conservés des documents ou aux informations détenues par des tiers non étatiques ; d'autre part, la collaboration intercantonale entre le service cantonal d'information et les archives peut s'avérer parfois compliquée et longue, en particulier lorsque ces dernières procèdent elles-mêmes à la vérification et à l'anonymisation des dossiers pour en soustraire les éléments soumis à la protection des données. Il arrive même que des émoluments soient exigés entre les autorités. La compétence en matière de recherche des origines

incombe aux services cantonaux d'information. Dans le cadre de la consultation des dossiers, ils sont donc également responsables de la protection des données personnelles de tiers.

Ad 2.4 Recommandation : Procédure : Processus de recherche d'origine internationale

Les expériences faites jusqu'à présent dans le domaine de la recherche d'origine internationale ont mis en évidence les difficultés et les limites auxquelles sont confrontés les services cantonaux d'information et la Suisse officielle vis-à-vis de l'étranger. Les compétences des cantons et de la Suisse s'arrêtent à la frontière nationale. Il manque un concept, une fiche d'information ou un protocole de travail pour la recherche d'origine internationale.

Ad 2.5 Recommandation : procédure : Conseil et accompagnement psychosocial

Selon l'art. 268d al. 4 CC, les cantons désignent un service qui conseille, à leur demande, les parents biologiques, leurs descendants directs et l'enfant. La loi ne définit pas la notion d'accompagnement consultatif ni l'étendue de cet accompagnement. En revanche, le législateur a estimé qu'il était important que la personne adoptée dispose d'un service de contact afin qu'elle puisse mieux s'orienter. La personne doit donc bénéficier d'un accompagnement de la part de son service cantonal d'information afin d'accéder aux dossiers et aux informations nécessaires et de l'accompagner sur le plan psychosocial dans sa recherche des origines. Le législateur reconnaît ce domaine extrêmement délicat et sensible, dans lequel des intérêts, des attentes, des émotions et des droits différents sont en débat. La confrontation avec sa propre histoire personnelle, la consultation des dossiers et les rencontres avec la famille d'origine exigent donc des services d'information cantonaux une bonne préparation et un accompagnement psychosocial des personnes concernées. Le fait qu'un seul service d'information ait été créé par canton, conformément à la loi, confère en principe à ces services une fonction globale. En septembre 2023, lors des débats sur l'initiative parlementaire 22.428 de la Commission des affaires juridiques du Conseil national « Adoptions et recherche des origines », le Conseil des Etats a réaffirmé vouloir que les personnes concernées soient soutenues dans leur recherche d'origine par les services cantonaux d'information et a précisé que les cantons devaient également « mettre à disposition les moyens correspondants ». Il leur appartient de décider s'ils remplissent eux-mêmes cette tâche ou s'ils font appel à des organisations privées.

Le groupe de travail Recherche des origines de la CCDJP recommande de faire appel à des personnes spécifiquement familiarisées avec le sujet, formées et qualifiées pour l'accompagnement et le suivi des personnes adoptées dans le processus de recherche des origines. Des connaissances spécialisées, de l'empathie et des connaissances humaines sont nécessaires. Pour les questions relatives aux adoptions irrégulières, une formation correspondante doit pouvoir être fournie. Selon le groupe de travail, l'accompagnement psychosocial pour les personnes en quête d'origine signifie « être proche d'une personne en quête d'origine, des personnes recherchées et/ou d'une personne qui recherche ses proches adoptés, de manière à ce que, durant le processus de recherche d'origine, elle se sente en sécurité et soutenue et que les droits de la personnalité des tiers soient garantis ». Cet accompagnement doit être assuré « tout au long du processus afin de garantir la qualité souhaitée dans le processus de recherche des origines ». Enfin, il doit être garanti « de manière aussi uniforme que possible dans tous les cantons en raison de l'égalité des chances ».

Le terme légal de soutien consultatif désigne l'accompagnement psychosocial et, en tant que partie intégrante de celui-ci, le conseil.

Les cantons ne disposent pas tous des mêmes ressources en personnel et en expertise. Il convient d'en tenir compte pour la situation de départ actuelle. Pour cette raison, et tant qu'il n'existe pas de base légale, les cantons doivent être libres de décider si et comment ils veulent assumer de manière autonome les tâches prévues à l'art. 268d, al. 4 CC. Une collaboration entre les cantons est possible (art. 2, al. 3 OAdopt) et peut s'avérer judicieuse

pour regrouper les compétences, les expériences et les ressources. Les tâches peuvent toutefois aussi être déléguées, en tout ou en partie, à des organisations privées. Cela doit être possible en fonction de la personne ou du cas concerné.

Une délégation des tâches légales peut être effectuée au moyen d'un mandat de prestations, sous la surveillance du mandant, à une institution privée telle que PACH, la Croix-Rouge Suisse, Back to the Roots, Espace A ou autres. La recherche de membres de la famille à l'étranger doit pouvoir être déléguée individuellement sur mandat de services cantonaux d'information ; en premier lieu en fonction des informations, des expériences et des ressources disponibles dans le pays d'origine concerné. Il peut s'agir en premier lieu du Service Social International, de la Croix-Rouge Suisse ou d'autres prestataires et, pour le Sri Lanka, de Back to the Roots.

Ad 2.6 Recommandation : gratuité de la procédure (y compris l'accompagnement psychosocial dans la limite des coûts estimés)

Le droit à la connaissance de ses origines relève des intérêts les plus intimes du droit de la personnalité, dont toute personne doit avoir connaissance. La personne adoptée, en général majeure, qui demande des informations après des décennies ne devrait pas être désavantagée par le fait qu'un acte juridique a décidé, il y a longtemps, de son destin personnel, qu'elle a reçu de nouveaux parents et une nouvelle famille et qu'on lui a imposé des frais dans le cadre de son droit à la connaissance de ses origines au nom de sa personnalité et de sa liberté personnelle. Le fait de lui imposer des frais alors qu'elle cherche à faire valoir son droit le plus personnel à la connaissance de ses origines apparaît injuste.

Le groupe de travail Recherche des origines de la CCDJP recommande que le processus de recherche des origines soit gratuit pour toutes les personnes concernées.